An den
Gesamtbundesrat
Bundeshaus
3003 Bern

Bern 20.12.2018

Entscheid zur Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Als die von Ihrem Entscheid am stärksten betroffenen Personalverbände erlauben wir uns folgende Bemerkungen:

Trotz gewaltigem Aufwand mit Arbeitsgruppen, Verhandlungen mit den Sozialpartnern und all den ausgearbeiteten Vorlagen und Fakten sind Sie weder auf die Empfehlung des eidgenössischen Finanzdepartementes noch auf die Arbeiten des Berufsbildes, der Sozialpartner und den Anliegen der betroffenen Mitarbeiter eingegangen. Hier verlieren wir das Vertrauen in eine seriöse Sozialpartnerschaft und in die Verlässlichkeit der Politik gegenüber ihren wichtigsten Sicherheitselementen.
Immer wieder forderten wir Sie auf den Status Quo beizubehalten. Dies wurde von Bundesrat Parmelin, anlässlich der Motion Estermann auch in Aussicht gestellt. Dies mit der Aussage " **Sollte ein neue Lösung teurer werden wird der Bundesrat auf seinen Entscheid zurückkommen"**. Diese Aussage wirkte sich bestimmt auf das Parlament und das erzielte Resultat der Motion aus. Die heutige von Ihnen gewählte Lösung wird wesentlich teurer und trotzdem kommen Sie nicht wie erwähnt auf den Entschluss zurück!

Nach langen Verhandlungen einigten wir uns auf die gewählte Variante 2 mit den Übergangsfristen 45 jährig oder 18 Dienstjahre. Diese Lösung wäre bestimmt auf eine wesentlich grössere Akzeptanz als die nun gewählte Variante gestossen, was wir Ihnen auch auf verschiedenen Wegen kommuniziert haben.

Sie haben ohne Information und Rücksprache mit den Personalverbänden eine Variante gewählt die von uns klar abgelehnt wurde. Ein enttäuschendes Verhalten gegenüber einer wirklichen Sozial**partnerschaft.**
Eine harsche Kritik liess nicht lange auf sich warten und die Enttäuschung besonders bei den 45 - 50 Jährigen war gross. Die Glaubwürdigkeit wie das Vertrauen in die Politik, aber auch in den Arbeitgeber wurde mit diesem Entscheid krass geschmälert.

Ist es nicht bedenklich, dass man um etwas zu erreichen mit Kuhglocken und Gerätschaften auf dem Bundesplatz auffahren muss? Nimmt man Anliegen wirklich nur wahr wenn über 18000 Per-

sonen demonstrieren und 3000 streiken? Fragen, die sich unsere Mitglieder und somit Teile Ihrer doch wichtigen Berufskategorien vermehrt stellen müssen.

Wir bitten Sie wiederholt und nachdrücklich die Sozialpartnerschaft ernsthaft zu leben und den Stimmen der Betroffenen etwas mehr Gehör zu schenken.
Daher beantragen wir, dass Sie, wie dies bei anderen Beschlüssen wiederholt getan wurde, auf Ihren Entscheid zurückzukommen, zumindest was die Übergangsfristen anbelangt. Dies weil die Variante 2 (45/18) wesentlich kostengünstiger und für die betroffenen Personen einiges besser ausgefallen wäre.

Weitere Geschäfte wie die Militärversicherung stehen zur Sprache. Auch hier bitten wir um einen sachlichen und nachvollziehbaren Entscheid mit einer angemessenen Berücksichtigung der Argumente der Sozialpartner und somit der betroffenen Mitarbeiter.

Dem neuen Bundespräsidenten Ueli Maurer und den kürzlich gewählten Bundesrätinnen Viola Amherd und Karin Keller-Sutter gratulieren wir zu den ausgezeichneten Wahlresultaten ganz herzlich. Wir wünschen ihnen einen guten Start und viel Erfolg in ihren anspruchsvollen Aufgaben.

Freundliche Grüsse

Dr. Markus Meyer	Beat Grossrieder	Roland Liebi	Heidi Rebsamen
Päsident swissPersona	Zentralsekretär swissPersona	Präsident Garanto	Zentralsekretärin Garanto